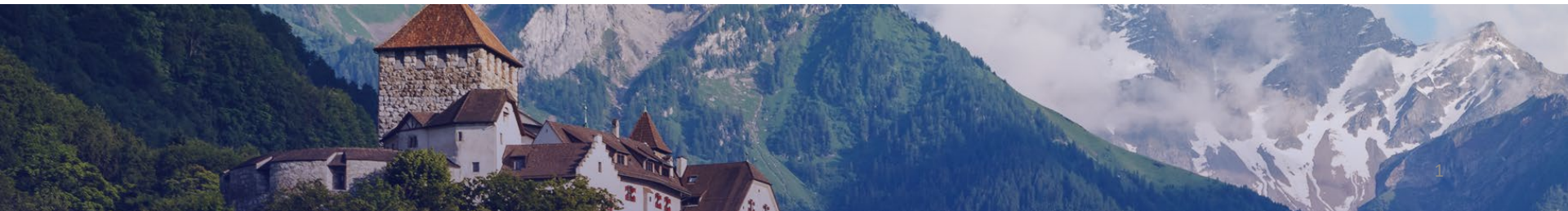


Herzlich Willkommen

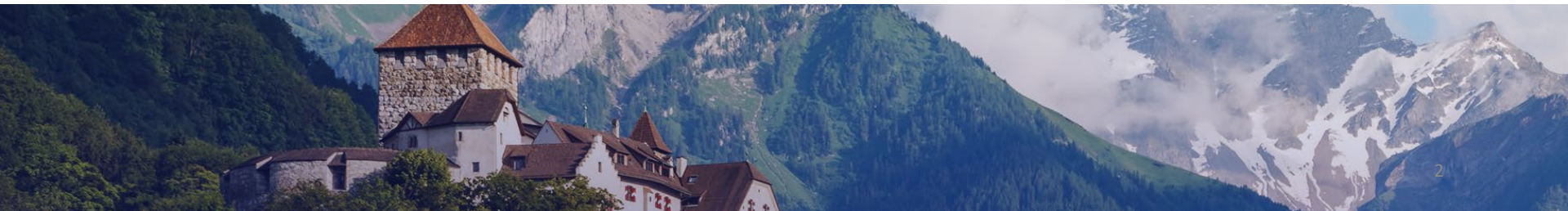
Wegzugsbesteuerungen in Deutschland, Österreich und der Schweiz,
sowie Abschaffung des UK-Non dom Regimes

01.10.2024



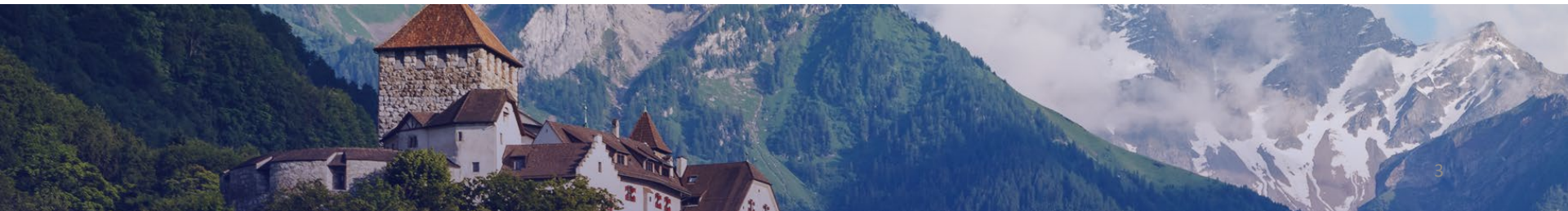
Programm

- 14.00 Uhr **Begrüssung und Einführung in das Veranstaltungsthema – Martin A. Meyer / Priska Rösli**
- 14.10 Uhr Wegzugsbesteuerung Deutschland – Ulrich Stertkamp
- 14.50 Uhr Wegzugsbesteuerung Österreich – Yvonne Schuchter-Mang
- 15.30 Uhr Pause
- 16.00 Uhr Wegzugsbesteuerung Schweiz (JUSO-«Erbschaftssteuerinitiative») – Martin A. Meyer
- 16.40 Uhr Abolishment of UK «Non-Dom»-Regime in 2025 – Lisa Cornwell
- 17.20 Uhr Paneldiskussion
- 18.00 Uhr Networking-Apéro



Programm

- 14.00 Uhr Begrüssung und Einführung in das Veranstaltungsthema – Martin A. Meyer / Priska Rösli
- 14.10 Uhr **Wegzugsbesteuerung Deutschland – Ulrich Stertkamp**
- 14.50 Uhr Wegzugsbesteuerung Österreich – Yvonne Schuchter-Mang
- 15.30 Uhr Pause
- 16.00 Uhr Wegzugsbesteuerung Schweiz (JUSO-«Erbschaftssteuerinitiative») – Martin A. Meyer
- 16.40 Uhr Abolishment of UK «Non-Dom»-Regime in 2025 – Lisa Cornwell
- 17.20 Uhr Paneldiskussion
- 18.00 Uhr Networking-Apéro



Deutsche Wegzugsbesteuerung

Grundzüge und Folgen für die Praxis

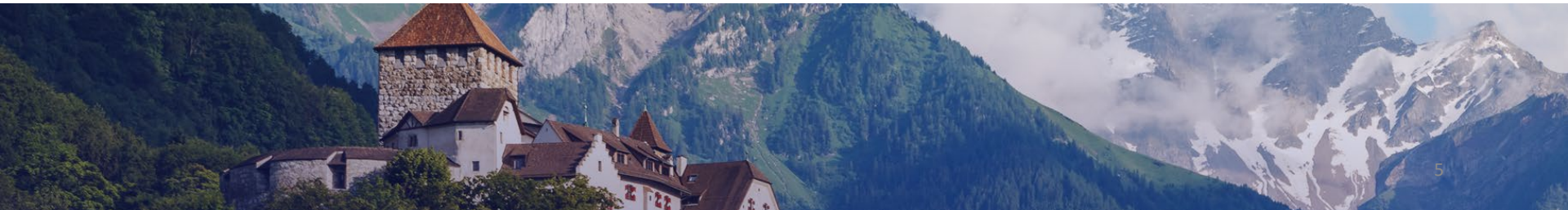
Dr. Ulrich Stertkamp

Rechtsanwalt & Steuerberater (DE)

Red Leafs Tax AG, Vaduz/Liechtenstein



Ziel / Hintergrund und wichtige Anwendungsfälle



Ziel und Hintergrund der Wegzugsbesteuerung



- Einführung im deutschen Steuerrecht in 1972 mit dem Ziel der Sicherstellung der Besteuerung des Vermögenszuwachses (der sog. «stillen Reserven») von im Privatvermögen gehaltenen Anteilen an Kapitalgesellschaften («Schlussbesteuerungskonzept»)
- Hintergrund sog. «Horten-Fall» - Wegzug einer vermögenden Familie aus Deutschland in die Schweiz, gefolgt von in Deutschland nicht steuerbarer Veräußerung der Beteiligungen an Kapitalgesellschaften (Besteuerungsrecht ausschliesslich im neuen Wohnsitzstaat des Veräusserers nach DBA DE - CH)
- Deutsches Steuerrecht kennt weitere Wegzugsbesteuerungstatbestände, insbesondere im Unternehmenssteuerrecht (etwa die Wegzugsbesteuerung gem. § 12 Abs. 1 KStG), aber für vermögende Privatpersonen, die Deutschland verlassen wollen, ist § 6 Abs. 1 AStG die in der Praxis wichtigste Regel.

Grundanwendungsfall - Wegzug aus Deutschland (1)

Voraussetzungen des § 6 Abs. 1 S. 1 Nr. 1 AStG:

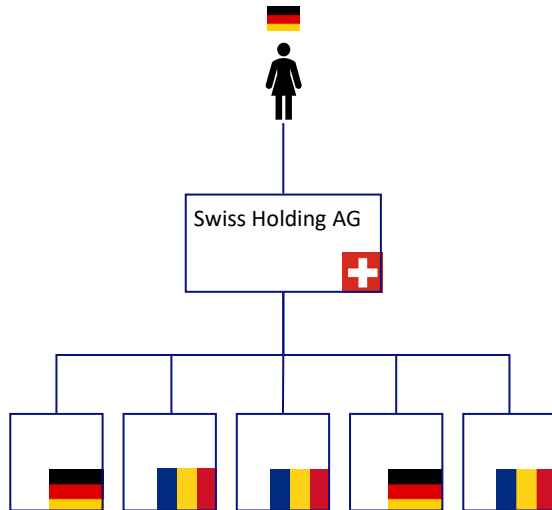
- Natürliche Person innerhalb der letzten 12 Jahre insgesamt zumindest für 7 Jahre unbeschränkt einkommensteuerpflichtig in Deutschland gem. § 1 Abs. 1 EStG (durch deutschen Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt im Sinne von §§ 8 und 9 AO)

und

- Sie hält eine oder mehrere Beteiligungen an in- oder ausländischen Kapitalgesellschaften im Privatvermögen im Sinne von § 17 Abs. 1 EStG, d.h. in letzten 5 Jahren mindestens 1% Beteiligung am Kapital der Gesellschaft

Folge:

- Bei (physischem) Wegzug der Privatperson aus Deutschland (Aufgabe Wohnsitz / gewöhnlichen Aufenthalt) Wegzugsbesteuerung gem. § 6 Abs. 1 S. 1 Nr. 1 AStG, d.h. deutsche Ertragsteuern von ca. 30% auf fiktiven Veräußerungsgewinn (Marktwert minus Anschaffungskosten der Beteiligungen)
- Anzeigepflicht / Pflicht zur Abgabe einer deutschen Wegzugsbesteuerungserklärung
- Zahlung der Steuer kann auf Antrag über 7 Jahre verteilt werden, meist gegen Sicherheitsleistung (§ 6 Abs. 4 AStG).

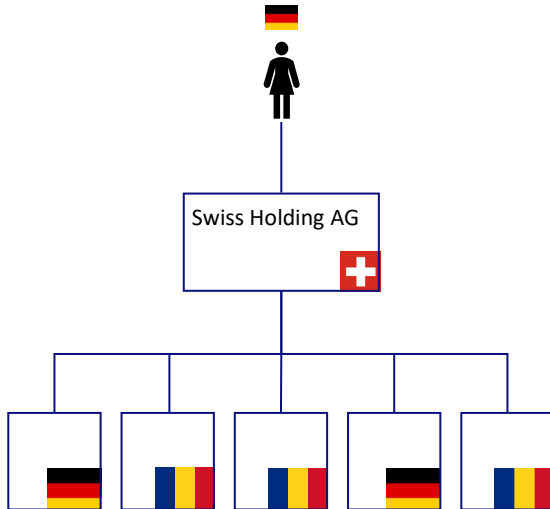


Grundanwendungsfall - Wegzug aus Deutschland (2)



Problem:

- Ertragsbesteuerung von sog. “dry income” – keine Liquidität aus einem Verkauf, aber dennoch Einkommensteuerzahlung auf fiktiven Veräußerungsgewinn
- Wertermittlung: entweder Börsenkurs bei notierten Unternehmen oder Ermittlung des gemeinen Wertes (Marktwertes)
- Deutsche Steuerverwaltung verwendet in Praxis **vereinfachtes Ertragswertverfahren** (Gewinn aus Handelsbilanz der letzten 3 Jahre im Durchschnitt x Faktor 13,75) - im Zweifel sehr hoher Marktwert der Beteiligung
- **Wichtig** daher: Einholung einer eigenen Unternehmensbewertung (nach den üblichen Bewertungsmethoden, wie Ertragswertverfahren, Discounted Cash-Flow Method etc.) durch unabhängigen Dritten (WP-Gesellschaft)



Wichtiger Ersatztatbestand – Zuwendung an ausländische Person

Voraussetzungen des § 6 Abs. 1 S. 1 Nr. 2 AStG:

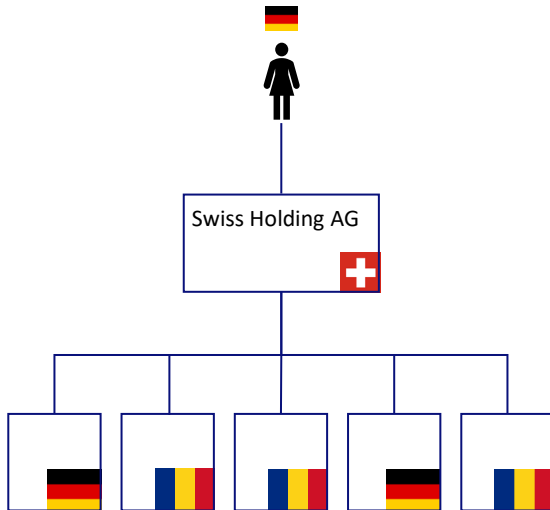
- Voraussetzungen wie Grundtatbestand – somit drohende Wegzugsbesteuerung bei Aufgabe Wohnsitz in DE
- **Idee:** Schenkung der Anteile an Familienstiftung in Liechtenstein vor **Wegzug** aus Deutschland

Problem und Rechtsfolge:

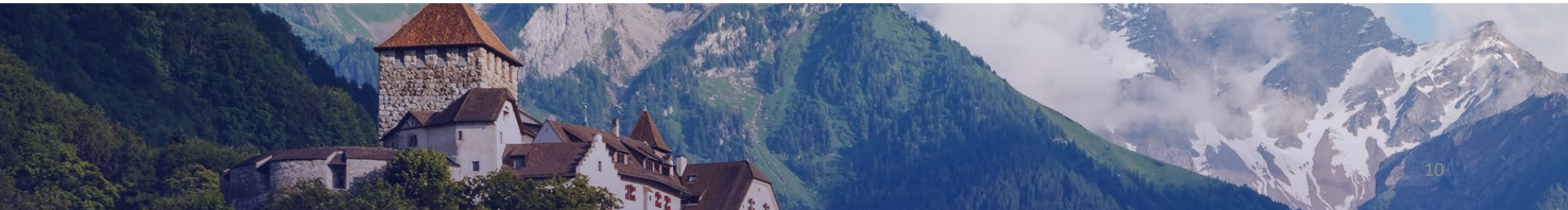
- Stiftung mit Sitz und Geschäftsleitung in Liechtenstein in aller Regel nicht unbeschränkt steuerpflichtig in Deutschland
- Nur beschränkte Steuerpflicht mit bestimmten Quelleneinkünften aus Deutschland, wie zum Beispiel Einkünften aus Vermietung Deutscher Liegenschaften
- Schenkung löst gem. § § 6 Abs. 1 S. 1 Nr. 2 AStG deutsche Wegzugsbesteuerung aus / Unter Umständen zudem hohe deutsche Schenkungssteuer !

Subsidiär "Ausschluss oder Beschränkung des Besteuerungsrechts der BRD" als weiterer Ersatztatbestand gem. § 6 Abs. 1 S. 1 Nr. 3 AStG

- Abschluss eines neuen DBA ? (strittig) / geringe Praxisrelevanz.



Mögliche Lösungsansätze

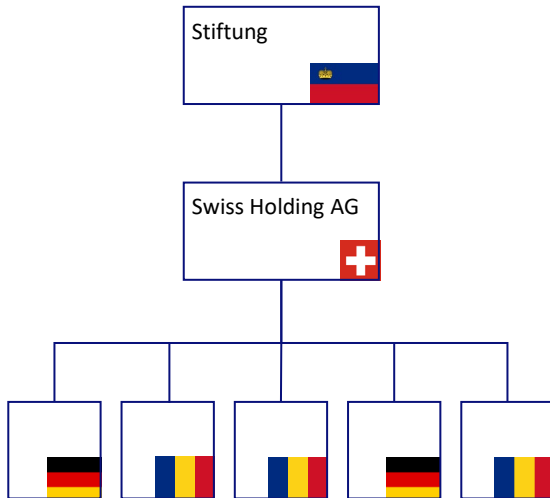


Mögliche Lösungsmöglichkeit (1)



Übertragung schädliche Beteiligungen auf FL- Familienstiftung vor Wegzug

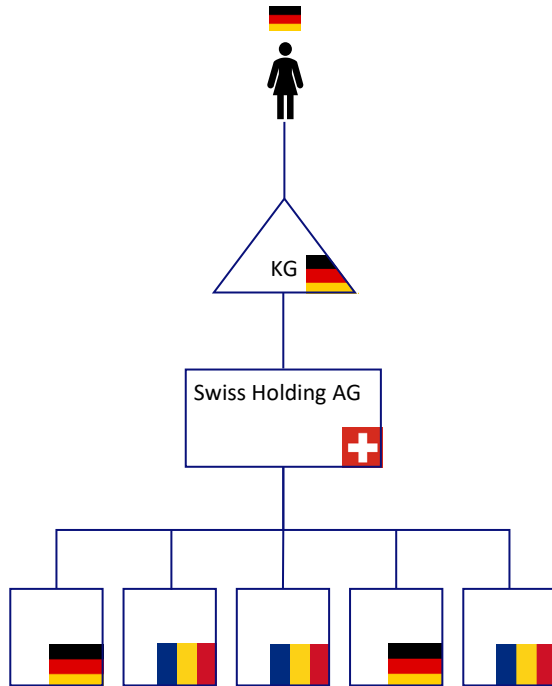
- Eine liechtensteinische Stiftung ist ein rechtlich selbständiges Zweckvermögen / im Gegensatz zu einer Kapitalgesellschaft keine Gesellschafter / Mitglieder, sondern nur Stifter und Begünstigte
- Stellung als Begünstigter einer Stiftung keine Beteiligung an Kapitalgesellschaft im Sinne von § 17 EStG
- **Wichtig:** Intransparente Ermessenstiftung aus deutscher Steuersicht
- **Aber:** Keine Schenkung der Anteile an Stiftung, da dies a) auch deutsche Wegzugsbesteuerung auslöst, und b) u.U. auch nicht schenkungssteuerfrei erfolgen kann (wenn kein privilegiertes Betriebsvermögen gem. § 13b ErbStG vorliegt)
- **Sondern:** Verkauf der Anteile an Stiftung / wichtig: Einhaltung **Fremdvergleichsgrundsatz** zwecks Vermeidung Annahme gemischter Schenkung !
- Unternehmensbewertung durch unabhängigen Dritten als Grundlage für Ermittlung Kaufpreis (zu Marktwerten) / deutsche Einkommensteuer auf tatsächlichen Verkauf u.U. niedriger (**Einzelfallfrage !**).



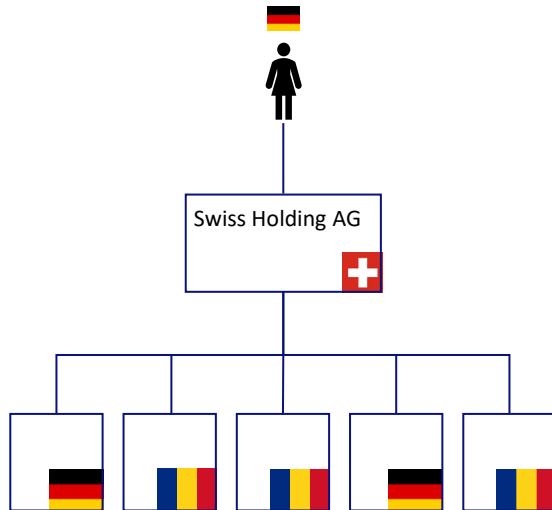
Mögliche Lösungsmöglichkeit (2)

Umwandlung in Personengesellschaft bzw. Einbringung Anteile in Personengesellschaft vor Wegzug

- Deutsche Wegzugsbesteuerung findet nur Anwendung auf das (direkte) Halten von Anteilen an Kapitalgesellschaften
- Umwandlung / Formwechsel der Kapitalgesellschaft in transparente Personengesellschaft vor Wegzug als Lösung
- In Deutschland Formwechsel dem Grunde nach steuerneutral möglich auf Ebene Gesellschaft / löst aber Ausschüttung der offenen Reserven aus und damit Kapitalertragssteuer von 25% (plus SoliZ von 5,5% darauf).
- In anderen Ländern mag ein steuerneutraler Formwechsel aber nicht möglich sein, oder – so wie etwa in der Schweiz - die Verwendung von Personengesellschaften eher unüblich sein
- Wichtig: bei **Einbringung** der Beteiligung an Kapitalgesellschaft in Personengesellschaft vor Wegzug muss letztere originär gewerblich tätig sein (Substanz / eigene Tätigkeit), **und**
- In beiden Fällen muss zwecks Vermeidung deutscher Entstrickungsbesteuerung Ort der Geschäftsleitung in DE verbleiben (funktionale Zuordnung der Beteiligung)
- **Nachteil:** Beteiligung verbleibt steuerverhaftet in DE (Zuordnung deutsche Betriebsstätte) / eventuell Kombination Lösung 2 und 1 denkbar.



Mögliche Lösungsmöglichkeit (3)



Stundungsantrag / Argumentation mit Europarechtswidrigkeit

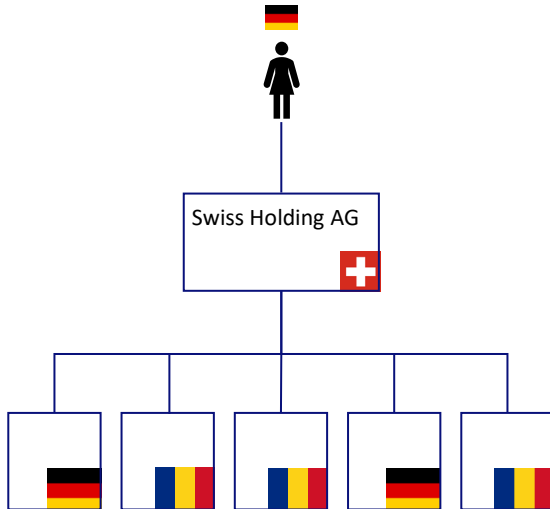
- Bis 2022 zinslose Stundungsmöglichkeit nach altem § 6 Abs. 1 AStG möglich- bei Wegzug innerhalb EU / EWR auf Antrag Fälligkeit Wegzugssteuer erst beim späteren tatsächlichen Verkauf der Beteiligung (eingeführt auf Grundlage EuGH Urteil zu französischer Wegzugsbesteuerung «de Lasteyrie du Saillant»)
- Stundungsmöglichkeit (in der Praxis sehr häufig genutzt) wurde mit Wirkung per 31. 12. 2021 / 1.1. 2022 abgeschafft
- **Konzept** der Steuerverwaltung: Schlechterstellung für alle Fälle soll EU-Rechtswidrigkeit vermeiden (EuGH U. v. 26. 2. 2019 «Wächtler»)
- Überwiegende Meinung in deutscher Steuerliteratur, der sich das höchste deutsche Steuergericht (BFH U. v. 6.9. 2023) in der am 11. 01. 2024 veröffentlichten Entscheidung angeschlossen hat – Versagung der (zinslosen) Stundungsmöglichkeit Verstoss gegen EU- Recht (insbesondere Niederlassungsfreiheit aus Art. 49 AEUV)
- **«Umzug von Hamburg nach München löst keine Wegzugsbesteuerung aus, aber nach Brüssel»**
- Antrag auf zinslose Stundung der Wegzugssteuer und bei (sehr wahrscheinlicher) Ablehnung durch deutsche Steuerverwaltung Einspruch, verbunden mit Antrag bei Finanzgericht auf einstweilige Anordnung der Stundung gem. § 114 FGO
- In aller Regel ist den meisten wegziehenden Personen davon derzeit eher abzuraten (Verfahren vor Finanzgericht lange, teuer und keine Erfolgsgarantie).

Mögliche Lösungsmöglichkeit (4)



Rückumzug nach DE

- Entfallen der Wegzugsbesteuerung gem. § 6 Abs. 3 AStG, sofern Steuerpflichtiger innerhalb von 7 Jahren nach Wegzug wieder unbeschränkt steuerpflichtig wird in DE (und insbesondere Anteile nicht verkauft wurden in der Zwischenzeit)
- Wird hier nicht näher vertieft – Annahme Steuerpflichtiger möchte DE endgültig verlassen.



Fazit und Empfehlungen



- 1) Es gibt keine einfache Lösung für alle Fälle, sondern jeder Sachverhalt muss individuell angeschaut werden, um zu sehen, ob es eine konkrete Lösungsmöglichkeit gibt
- 2) Eine Unternehmensbewertung durch einen unabhängigen Bewerter / WP-Gesellschaft wird in den meisten Fällen das Mindeste sein, was der Betroffene machen sollte (ausser es handelt sich um ein Start-up mit offensichtlich sehr niedrigem Unternehmenswert / aber Vorsicht: ev. bereits latente hohe stille Reserven in Form von Intangible Assets / Goodwill vorhanden ?)
- 3) Vorab Verkauf der Beteiligung an eine intransparente FL-Familienstiftung kann in manchen Fällen gute Lösung sein, insbesondere, wenn der relevante Unternehmenswert noch nicht hoch ist
- 4) Formwechsel / Einbringung in Personengesellschaft vor Wegzug gute Alternative, aber komplex und führt grundsätzlich zur dauerhaften Steuerverhaftung in DE mit späterem Veräusserungsgewinn
- 5) Eventuell Kombination Formwechsel in KG mit anschliessender Schenkung an FL- Stiftung als Lösung (wenn Betriebsvermögen gem. § 13 ErbStG!)
- 6) Der tatsächliche Wegzug sollte auch gut dokumentiert werden / die reine melderechtliche Abmeldung in DE hat steuerlich nur Indizwirkung (**wichtig**: keine tatsächliche Schlüsselgewalt über eine Wohnung / Haus mehr in DE zwecks Vermeidung der unbeschränkten Einkommensteuerpflicht in der Zukunft !!) / im Zweifel Liegenschaft verkaufen oder an Fremde Dritte vermieten
- 7) In jedem Fall bedarf es immer der konkreten Beratung durch erfahrenen Steuerberater.



Dr. Ulrich Stertkamp
Tax Partner

+423 377 12 34
u.stertkamp@redleafstax.com

Red Leafs Tax AG
Drescheweg 1
9490 Vaduz | Liechtenstein

+423 377 12 30

info@redleafsgroup.com
www.redleafsgroup.com

Programm

- 14.00 Uhr Begrüssung und Einführung in das Veranstaltungsthema – Martin A. Meyer / Priska Rösli
- 14.10 Uhr Wegzugsbesteuerung Deutschland – Ulrich Stertkamp
- 14.50 Uhr **Wegzugsbesteuerung Österreich – Yvonne Schuchter-Mang**
- 15.30 Uhr Pause
- 16.00 Uhr Wegzugsbesteuerung Schweiz (JUSO-«Erbschaftssteuerinitiative») – Martin A. Meyer
- 16.40 Uhr Abolishment of UK «Non-Dom»-Regime in 2025 – Lisa Cornwell
- 17.20 Uhr Paneldiskussion
- 18.00 Uhr Networking-Apéro





Wegzugsbesteuerung Österreich

Yvonne Schuchter-Mang
Partnerin & Steuerberaterin
LeitnerLeitner



Übersicht

- **Wegzugssteuer: Privatvermögen**
- **Wegzugssteuer: Betriebsvermögen**
- **Step-up-Regelung bei Zuzug**

Wegzugssteuer: Privatvermögen

- **Tatbestandsvoraussetzung**
 - **Umstände, die zu einer Einschränkung des Besteuerungsrechts der Republik Österreich im Verhältnis zu anderen Staaten führen (§ 27 Abs 6 Z 1 EStG)**
 - Wohnsitzverlegung
 - Verlegung des Mittelpunkts der Lebensinteressen
 - Unentgeltliche Übertragung an einen Steuerausländer (Schenkung, Erbschaft)
 - Abschluss oder Änderung eines Doppelbesteuerungsabkommens
- **Wegzugsteuerverfangenes Vermögen**
 - **Unternehmensbeteiligungen**
 - **Portfoliokapitalvermögen (Ausnahme: „Altbestandsvermögen“)**
 - **Kryptowährungen iSd § 27b Abs 4 EStG**
 - **NICHT: Immobilien, andere Sachwerte (zB Kunst, Wein etc)**

Wegzugssteuer: Privatvermögen

- **Rechtsfolgen (1)**
 - Veräußerungsfiktion: Besteuerung von (positiven und negativen) Wertsteigerungen, die in Österreich entstanden sind
 - Bemessungsgrundlage:
 - Differenz zwischen gemeinem Wert im Zeitpunkt des Wegzugs und den steuerlichen Anschaffungskosten (§ 27a Abs 3 Z 2 lit b EStG) sowie
 - Aufgelaufene zeitanteilige Zinsen
 - Steuersatz: idR 27,5% (Ausnahme: progressiver ESt-Satz)
 - Besonderheiten iZm der Kapitalertragsteuer bei Inlandsveranlagungen

Wegzugssteuer: Privatvermögen

- **Rechtsfolgen (2)**
 - **Nichtfestsetzungskonzept bei Wegzug einer natürlichen Person in einen EU/EWR-Staat auf Antrag bis zur tatsächlichen Veräußerung**
 - Gilt auch für unentgeltliche Übertragungen an eine andere natürliche Person
 - Antrag für jedes Wirtschaftsgut (Verlustausgleichsoptimierungsüberlegungen)
 - Als tatsächliche Veräußerung gilt auch ein späterer Wegzug in einen Drittstaat
 - Tatsächliche Veräußerung gilt als rückwirkendes Ereignis (§ 295a BAO)
 - Keine Sicherheitsleistung erforderlich
 - Verluste nach Wegzug: Abzugsfähig, soweit keine Verwertung im anderen Staat
 - Verjährung: 10 Jahre nach Ablauf des Jahres, in dem das rückwirkende Ereignis eingetreten ist (§ 209 Abs 5 BAO)
 - **Ratenzahlungskonzept bei unentgeltlicher Übertragung an eine juristische Person in einem EU-/EWR-Staat (zB FL-Stiftung)**
 - Antrag für jedes Wirtschaftsgut (Verlustausgleichsoptimierungsüberlegungen)
 - Keine Sicherheitsleistung erforderlich



Wegzugssteuer: Privatvermögen

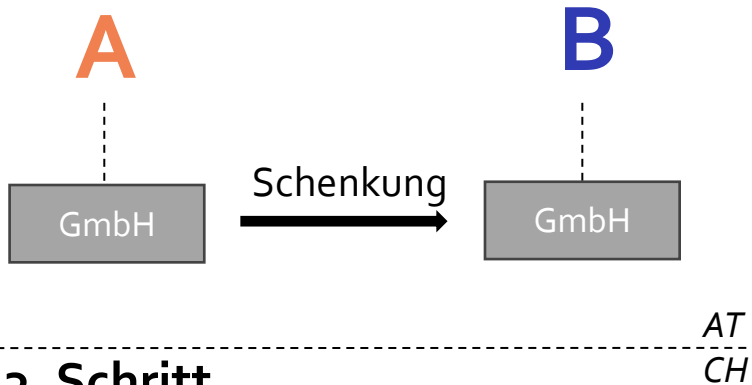
- **Rechtsfolgen (3)**
 - **Einschränkung des Besteuerungsrechtes im Verhältnis zu einem Drittstaat**
 - „Wegzugsteuer“ ist mit Veranlagung zur Einkommensteuer des Jahres des Wegzugs bzw der unentgeltlichen Übertragung fällig
 - Keine Möglichkeit eines Antrags auf Nichtfestsetzung oder Ratenzahlung

Wegzugssteuer: Privatvermögen

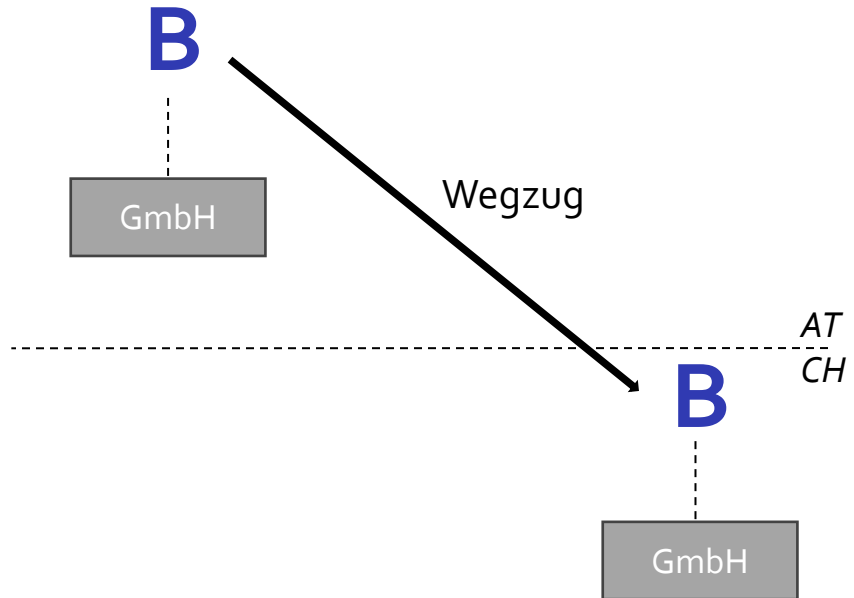
- Rechtsfolgen (4)
 - Besonderheit: Wegzug in die Schweiz (Art 13 Abs 4 DBA AT-CH)
 - Keine Besteuerung des Wertzuwachses von **Anteilen an Gesellschaften** ausschließlich aufgrund des **physischen Ansässigkeitswechsels einer natürlichen Person**
 - Keine Einschränkung des Besteuerungsrechts Österreichs aufgrund des physischen Wegzugs
 - Bestenungsaufschub bis zur tatsächlichen Veräußerung bzw bis zur unentgeltlichen Übertragung der Gesellschaftsanteile oder bis zum Weiterwegzug (**auch innerhalb der EU/EWR!**)
 - „Rückzug“ nach AT (zB durch Privatstiftungslösung)
 - ≠ „Anderes“ Kapitalvermögen
 - ≠ Unentgeltliche Übertragung von Kapitalvermögen an einen Begünstigten in der Schweiz

Wegzug in die Schweiz (1. Variante)

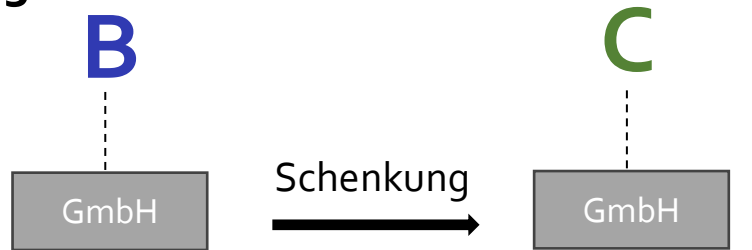
1. Schritt



2. Schritt

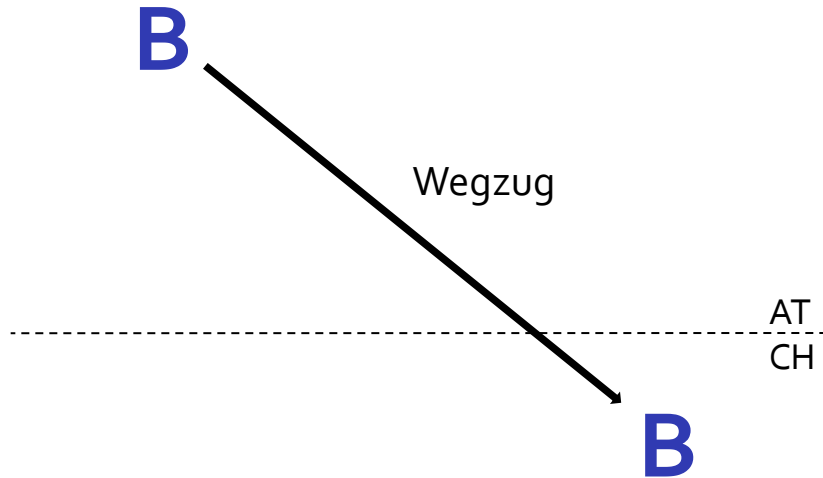


3. Schritt

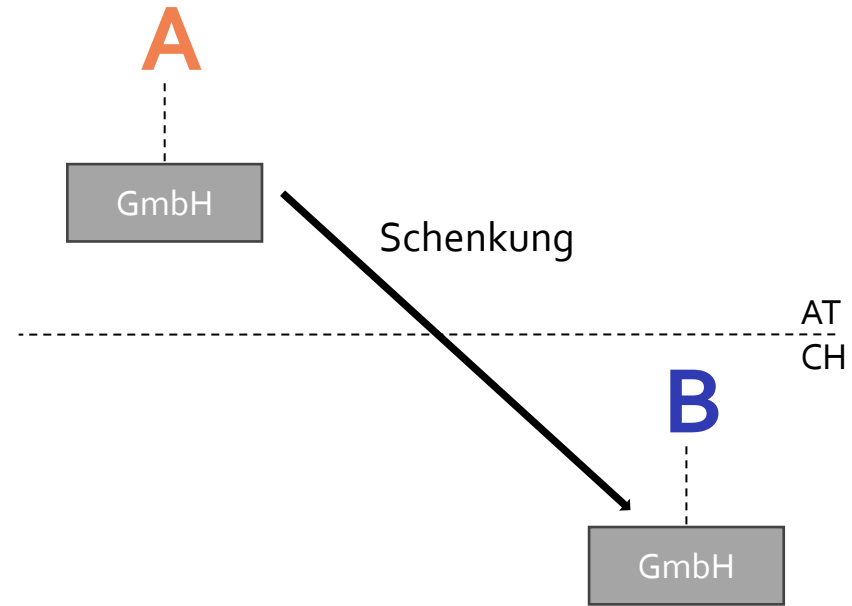


Wegzug in die Schweiz (2. Variante)

1. Schritt



2. Schritt





Wegzugssteuer: Privatvermögen

- Rechtsfolgen (5)
 - Revision von Art 13 Abs 4 DBA AT-CH geplant
 - Vergleichbare Behandlung wie Wegzug innerhalb der EU
 - Keine Einschränkung mehr auf Gesellschaftsanteile
 - Aufgrund der eingeschränkten Vollstreckungshilfe im Verhältnis zur Schweiz (nur beschränkt auf Einkünfte aus unselbständiger Arbeit): **Steuerstundung nur bei Erbringung von Sicherheitsleistungen** (zB Bankgarantien, Bürgschaften, Faustpfand, Hypotheken)
 - Fazit: Grobe Verschärfung geplant!

Wegzugssteuer: Betriebsvermögen

- **Tatbestandsvoraussetzung für Entstrickung (§ 6 Z 6 EStG)**
 - Überführung von Wirtschaftsgütern eines im Inland gelegenen Betriebes (Betriebsstätte) ins Ausland
 - Sonstige Umstände, die zu einer Einschränkung des Besteuerungsrechts der Republik Österreich führen
 - Bewertung: Fremdvergleichspreis
 - Ratenzahlungskonzept bei Überführung in einen EU/EWR-Staat
 - Anlagevermögen: Ratenzahlung auf Antrag über 5 Jahre (erste Rate mit Ablauf eines Monats nach Bekanntgabe des Abgabenbescheides und Folgeraten jeweils am 30. Juni der Folgejahre)
 - Umlaufvermögen: Ratezahlung auf Antrag über 2 Jahre
 - Vorzeitiges Ende der Ratenzahlung bei Weiterverlagerung in ein Drittland oder bei Veräußerung

Step-Up-Regelung bei Zuzug

- **Entstehung des Besteuerungsrechts der Republik Österreich**
 - IdR abkommensrechtliche Ansässigkeit in Österreich (iSv Mittelpunkt der Lebensinteressen)
 - Gemeiner Wert gilt als Anschaffungskosten (§ 27 Abs 6 Z 1 lit e EStG)
- **„Rückzug“ nach AT bei Nichtfestsetzung der Wegzugssteuer**
 - Ursprüngliche Anschaffungskosten sind maßgeblich (höchstens jedoch der gemeine Wert bei „Rückzug“)
 - Spätere Veräußerung gilt nicht als rückwirkendes Ereignis gem § 295a BAO
 - Abzug von nachgewiesenen Wertsteigerungen im EU/EWR-Raum

VIELEN DANK FÜR IHRE AUFMERKSAMKEIT



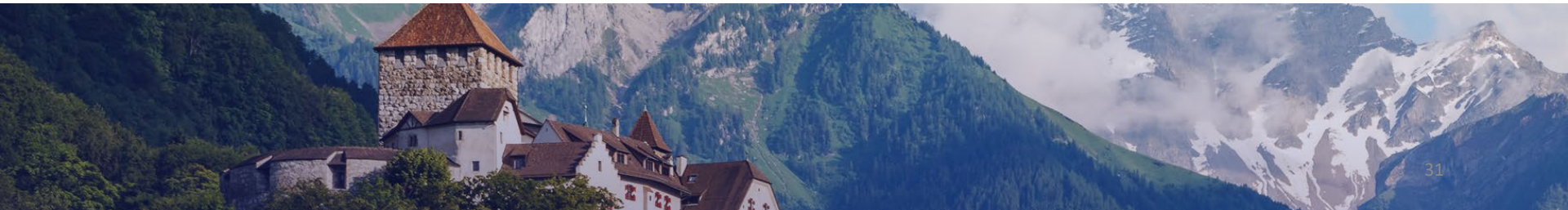
Dr. Yvonne Schuchter-Mang
Steuerberaterin, Partnerin

LeitnerLeitner GmbH Wirtschaftsprüfer und Steuerberater

+43 662 84 70 93 691
yvonne.schuchter@leitnerleitner.com

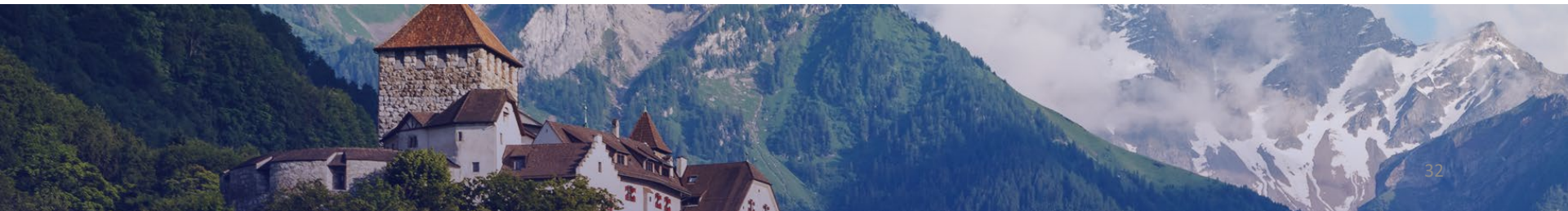
Programm

- 14.00 Uhr Begrüssung und Einführung in das Veranstaltungsthema – Martin A. Meyer / Priska Rösli
- 14.10 Uhr Wegzugsbesteuerung Deutschland – Ulrich Stertkamp
- 14.50 Uhr Wegzugsbesteuerung Österreich – Yvonne Schuchter-Mang
- 15.30 Uhr **Pause**
- 16.00 Uhr Wegzugsbesteuerung Schweiz (JUSO-«Erbschaftssteuerinitiative») – Martin A. Meyer
- 16.40 Uhr Abolishment of UK «Non-Dom»-Regime in 2025 – Lisa Cornwell
- 17.20 Uhr Paneldiskussion
- 18.00 Uhr Networking-Apéro



Programm

- 14.00 Uhr Begrüssung und Einführung in das Veranstaltungsthema – Martin A. Meyer / Priska Rösli
- 14.10 Uhr Wegzugsbesteuerung Deutschland – Ulrich Stertkamp
- 14.50 Uhr Wegzugsbesteuerung Österreich – Yvonne Schuchter-Mang
- 15.30 Uhr Pause
- 16.00 Uhr **Wegzugsbesteuerung Schweiz (JUSO-«Erbschaftssteuerinitiative») – Martin A. Meyer**
- 16.40 Uhr Abolishment of UK «Non-Dom»-Regime in 2025 – Lisa Cornwell
- 17.20 Uhr Paneldiskussion
- 18.00 Uhr Networking-Apéro





Wegzugsbesteuerung Schweiz (JUSO-«Erbschaftssteuerinitiative»)

Martin A. Meyer

Managing Partner

WeTrust Tax





1 Die Zukunftssteuer

Rück- und Ausblick



JUSO-
Erbschafts- und Schenkungssteuerinitiative
zur Finanzierung des Klimaschutzes



Art. 129a E-BV Zukunftssteuer

Art. 129a – Zukunftssteuer

¹ Der Bund erhebt zum Aufbau und Erhalt einer lebenswerten Zukunft eine Steuer auf dem Nachlass und den Schenkungen von natürlichen Personen.

² Der Bund und die Kantone verwenden den Rohertrag der Steuer zur sozial gerechten Bekämpfung der Klimakrise sowie für den dafür notwendigen Umbau der Gesamtwirtschaft.

³ Die Steuer wird von den Kantonen veranlagt und eingezogen. Der Rohertrag der Steuer fließt zu zwei Dritteln dem Bund und zu einem Drittel den Kantonen zu. Die Kompetenz der Kantone, eine Erbschafts- und Schenkungssteuer zu erheben, bleibt unberührt.

⁴ Der Steuersatz beträgt 50 Prozent. Nicht besteuert wird ein einmaliger Freibetrag von 50 Millionen Franken auf der Summe des Nachlasses und aller Schenkungen. Die Besteuerung erfolgt, sobald der Freibetrag überschritten ist.

⁵ Der Bundesrat passt den Freibetrag periodisch der Teuerung an.

Eckpunkte der Zukunftssteuer nach Art. 129a E-BV



Bundeserbschafts- und Schenkungsteuer für natürliche Personen



Verwendung der Mittel zur Bekämpfung der Klimakrise



Kantonale Erbschafts- und Schenkungssteuern bleiben bestehen



Steuersatz von 50%



Einmaliger Freibetrag von CHF 50 Mio.

Initiativtext – Art. 197 Ziff. 15 E-BV Übergangsbestimmungen

15. Übergangsbestimmungen zu Art. 129a (Zukunftssteuer)

¹ Der Bund und die Kantone erlassen Ausführungsbestimmungen über:

- 1. die Verhinderung von Steuervermeidung, insbesondere in Bezug auf den Wegzug aus der Schweiz, die Pflicht zur Aufzeichnung von Schenkungen und die lückenlose Besteuerung;*
- 2. die Verwendung des Rohertrags zur Unterstützung des sozial gerechten, ökologischen Umbaus der Gesamtwirtschaft, insbesondere in den Bereichen der Arbeit, des Wohnens und der öffentlichen Dienstleistungen.*

² Bis zum Inkrafttreten der gesetzlichen Ausführungsbestimmungen erlässt der Bundesrat innert drei Jahren nach Annahme von Artikel 129a durch Volk und Stände die Ausführungsbestimmungen per Verordnung. Die Ausführungsbestimmungen finden auf Nachlässe und Schenkungen, die nach der Annahme von Artikel 129a ausgerichtet werden, rückwirkend Anwendung.

Wegzugssteuer nach Art. 197 Ziff. 15 E-BV?

Stellungnahme des Bundesrates vom 21.08.2024:

(...) Er hält jedoch fest, dass die Umsetzung in jedem Fall völkerrechts- und verfassungskonform erfolgen müsste. So wäre eine Einschränkung oder gar ein Verbot eines Wegzugs – beispielsweise mittels Passenzugs oder Kapitalverkehrskontrollen – ausgeschlossen. Auch einer Wegzugssteuer, die die Interpellantin anspricht, steht der Bundesrat ablehnend gegenüber. Der Wegzug einer Person ins Ausland darf nicht ohne Weiteres als Steuervermeidung qualifiziert und mit Steuerfolgen sanktioniert werden.

Grundsätzlich denkbar wäre demgegenüber das in der Interpellation thematisierte «nachwirkende Besteuerungsrecht». Dieses könnte beispielsweise zur Anwendung gelangen, wenn eine Person nach dem Wegzug ins Ausland zeitnah eine Schenkung tätigt. Auch diesbezüglich bestehen allerdings Vorbehalte. Namentlich kann die Schweiz eine Erbschaftssteuerforderung im Ausland derzeit nicht direkt durchsetzen, da sie mit keinem Staat die Vollstreckungshilfe für Erbschaftssteuerforderungen vereinbart hat.

Zusammenfassend ist es aus Sicht des Bundesrates offen, inwieweit die Ausführungsbestimmungen das Ziel der Initiative erreichen könnten, Steuervermeidungen mittels Wohnsitzverlegungen zu verhindern. Bei einer allfälligen Annahme der Initiative müsste eine Umsetzung in jedem Fall die verfassungs- und völkerrechtlichen Vorgaben und namentlich auch den Grundsatz der Verhältnismässigkeit erfüllen. Ausserdem ist fraglich, ob die Rückwirkung auch für die geforderten Massnahmen zur Steuervermeidung gilt.

Herausforderungen



Ausgestaltung der Zukunftssteuer:

- Steuersubjekt, steuerliche Anknüpfung, Bemessungsgrundlage
- Umsetzung Freibetrag



Verfassungskonformität:

- Verhinderung Steuervermeidung
- Vorwirkung aufgrund Rückwirkung



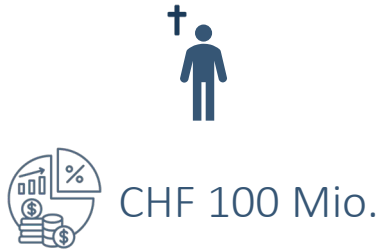
Internationale Wirkungsweise:

- Nachwirkendes Besteuerungsrecht
- Nachlass- und Erbschaftssteuerabkommen
- Vollstreckung



2 Fallbeispiele

Todesfall



Steuerlast

Zukunftssteuer: CHF 25 Mio.

Erbschaftssteuer BS: CHF 39 Mio.

Erbschaftssteuer ZH: CHF 36 Mio.

Erbschaftssteuer GE: CHF 55 Mio.

Gesamtsteuerlast



CHF 64 Mio. / 63.5%

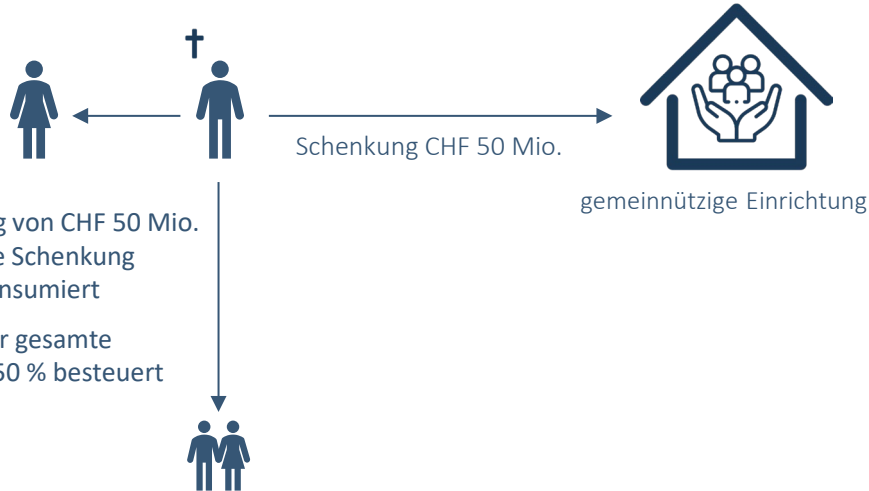


CHF 61 Mio. / 61%



CHF 80 Mio. / 79.6%

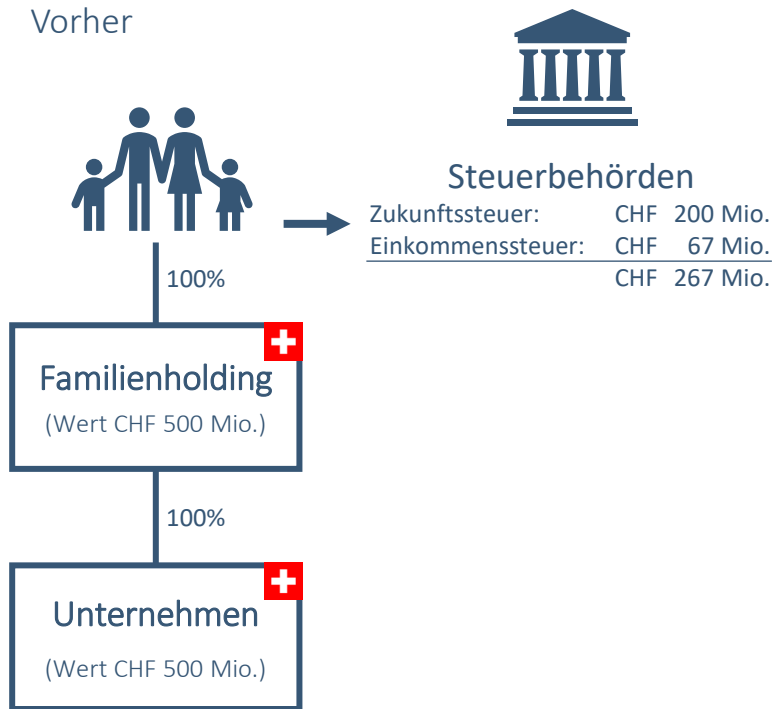
Schenkung



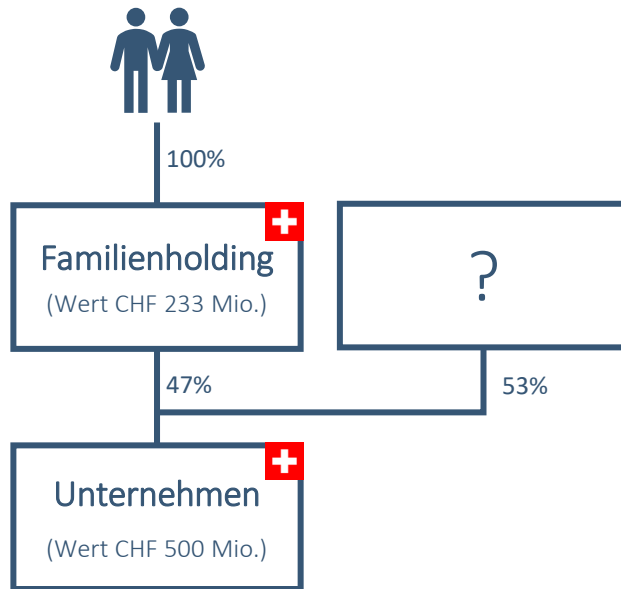
- Der Freibetrag von CHF 50 Mio. wird durch die Schenkung vollständig konsumiert
- Somit wird der gesamte Nachlass mit 50 % besteuert

Nachfolgeplanung

Vorher

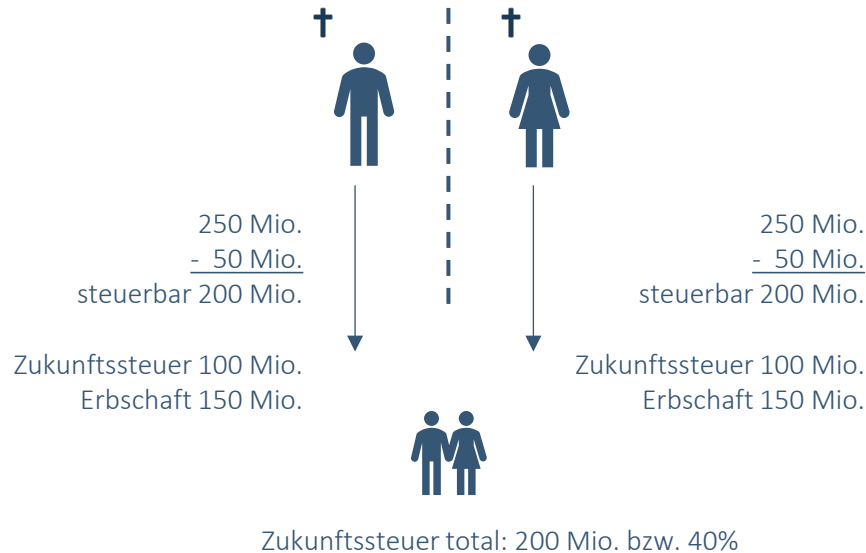


Nachher



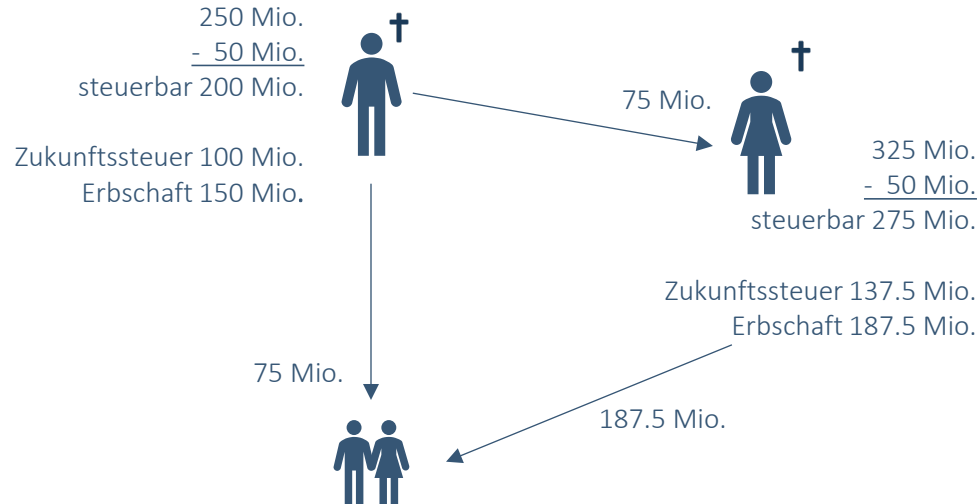
Zukunftssteuer bei Unfall (1 | 2)

Gleichzeitig



Zukunftssteuer bei Unfall (2 | 2)

Nacheinander

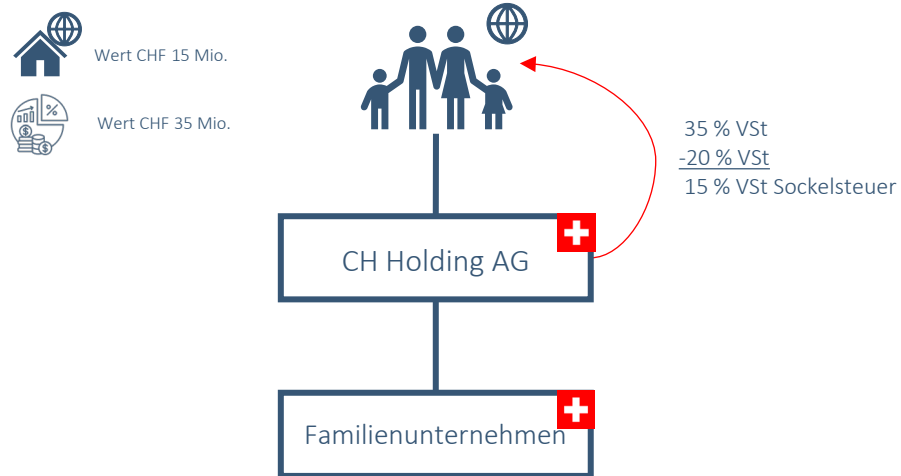


Zukunftssteuer total: 237.5 Mio. bzw. 48%

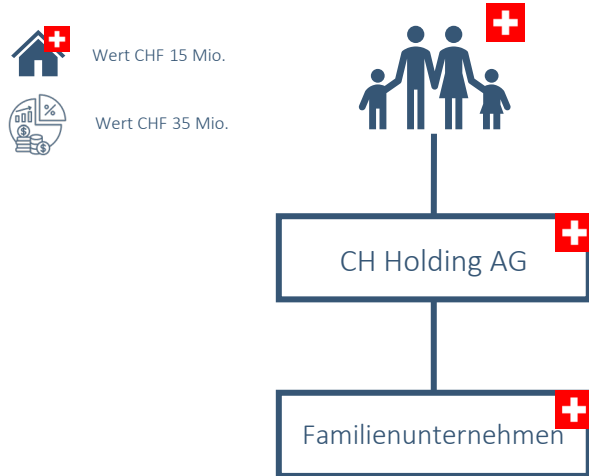
Handlungsmöglichkeiten

1. Akzeptanz der Zukunftssteuer
2. Vorzeitige Nachfolgeplanung
 - Verschieben der Akzeptanz auf nächste Generation
 - Multiplikation der Freibeträge
3. Vermögensstrukturierung vor Abstimmung
4. Wegzug nach Abstimmung

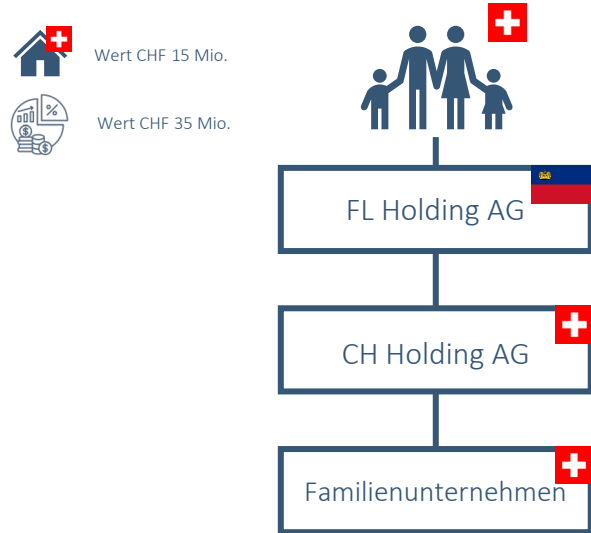
Wegzug



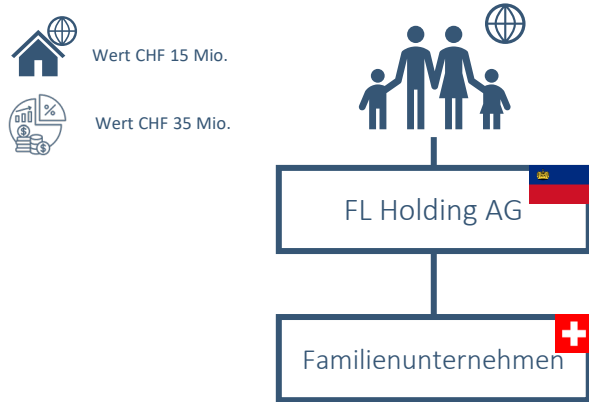
Vor Wegzug ins Ausland (1|3)



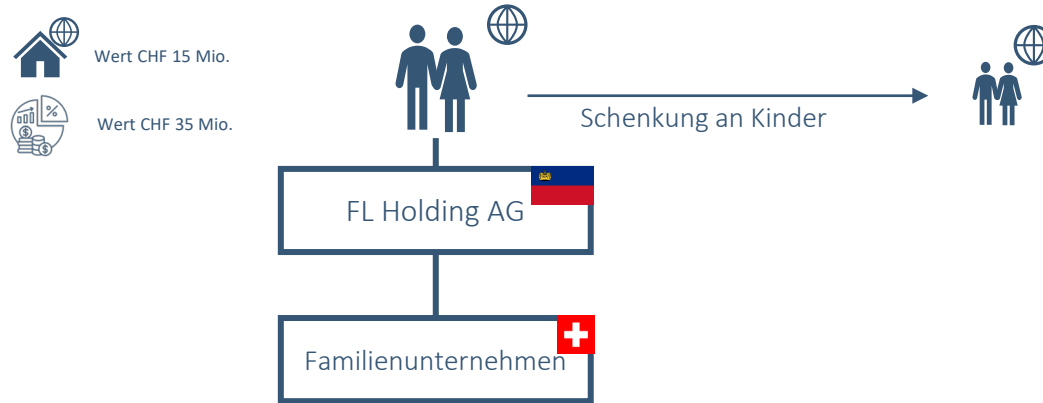
Vor Wegzug ins Ausland (2 | 3)



Vor Wegzug ins Ausland (3 | 3)



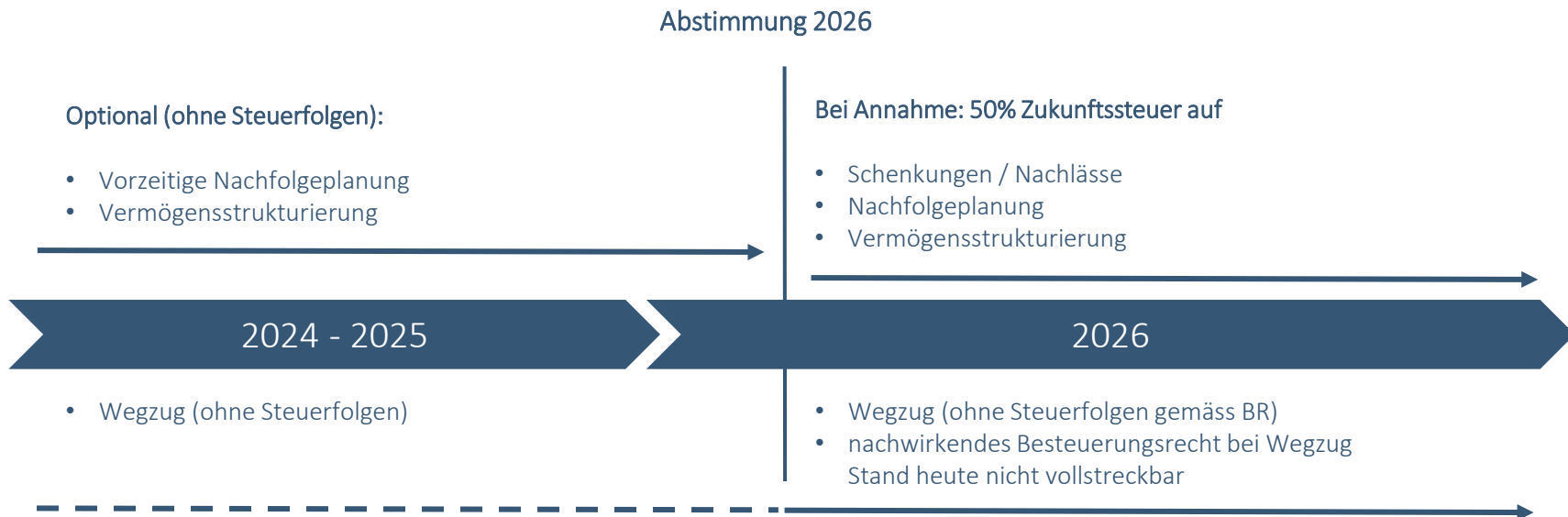
Schenkung an Kinder nach Wegzug



Fazit



Handlungsmöglichkeiten:



Fragen?

LIECHTENSTEINISCHE
VEREINIGUNG
FÜR
STEUERRECHT



The business card features a portrait of Martin A. Meyer on the left. On the right, it displays the WeTrust logo (W1 with a green dot), his name and title, contact information, and a QR code.

W1

Martin A. Meyer.
Managing Partner

Tel.: +423 340 55 80
martin.meyer@wetrust.li



Martin A. Meyer, WeTrust Tax

Programm

- 14.00 Uhr Begrüssung und Einführung in das Veranstaltungsthema – Martin A. Meyer / Priska Rösli
- 14.10 Uhr Wegzugsbesteuerung Deutschland – Ulrich Stertkamp
- 14.50 Uhr Wegzugsbesteuerung Österreich – Yvonne Schuchter-Mang
- 15.30 Uhr Pause
- 16.00 Uhr Wegzugsbesteuerung Schweiz (JUSO-«Erbschaftssteuerinitiative») – Martin A. Meyer
- 16.40 Uhr **Abolishment of UK «Non-Dom»-Regime in 2025 – Lisa Cornwell**
- 17.20 Uhr Paneldiskussion
- 18.00 Uhr Networking-Apéro





Proposed changes to the UKRND regime



- UK RND rules = the «OG» for remittance-based regimes – non-remitted foreign income/gains outside scope of UK taxation; non-UK assets outside of scope of IHT for first 15 years, then possible to establish "excluded property" trusts to maintain this status.
- Back in February 2024, the UK government announced that the existing regime would be abolished.
- Labour won the election and over the summer shared confirmation that they intend to broadly follow the proposals announced by the previous government but with various tweaks and including wider topics for review too.
- Budget on 31 October is expected to contain more information and we hope for draft legislation.
- Current position for UKRNDs – GLOOMY!



- **Remittance basis of taxation** will be **abolished** from 6 April 2025.
- For '**new arrivals**'* to the UK from 6 April 2025 (*defined as those who have a period of 10 years consecutive non-UK residence), **foreign income and gains ('FIG')** will be **outside the scope of UK tax for a 4-year period** of subsequent UK tax residence.
- During this 4-year period these '**FIG**' **can be brought to the UK without either an additional tax charge or levy** to access the regime.
- Any **existing UK tax residents**, who have been tax resident for fewer than 4 tax years and are eligible for the scheme, will **also benefit from the relief until the end of their 4th year of UK tax residence**.
- **After the 4th year of tax residence**, individuals will pay **UK tax on all newly arising FIG**, the same as any other UK residents.



- **Beneficiaries and settlors who are within the 4-year FIG regime will be able to receive benefits from 6 April 2025 free from any UK tax charges** whether or not the benefits are received in the UK. However, these benefits will not be matched to trust income and gains and will be subject to a modified onwards gift rule.
- After 6 April 2025, unless the settlor is within the 4-year regime, **foreign income and gains arising in protected non-resident trusts will be taxable on the settlor on an arising basis**. This will affect any taxpayers who currently benefit from the relief because of extended residence in the UK.
- Any income and gains that arose before 6 April 2025 will not be taxed unless **matched to distributions or benefits** that are paid to UK residents who have been in the UK for more than 4 years.
- However, over the summer, Labour also announced a review of offshore anti-avoidance provisions to "remove ambiguity and uncertainty" but this is expected by 26/27 earliest.



~~1. 50% foreign income exemption for 2025/26~~

Conservatives had suggested this, Labour has confirmed this will not be introduced.

2. Rebasing of personally held non-UK assets:

The ability to rebase the value of capital assets to the value as of ~~5 April 2019~~ (where held at that date) for those individuals who have claimed the remittance basis and are not already deemed UK domiciled at 5 April 2025. Date to be confirmed in the Budget.

3. Temporary Repatriation Facility:

Allowing the transfer of foreign income and gains that arose to the individual personally during a year in which the individual claimed the remittance basis to the UK at a reduced tax rate of ~~12% in the tax years 2025/26~~ ~~and 2026/27~~. A relaxation of the complicated mixed fund rules to facilitate this is envisaged. Rate and duration being reviewed and will be confirmed in the Budget.

→ Continued availability of **Business Investment Relief** and **Overseas Workday Relief** with some amendments to be announced at the Budget.



- The new government announced that it will **consult** on the best way **to move the existing IHT regime to a “residence based” regime** from 6 April 2025
- Based on what we know so far....
- **Personally held assets:**
 - **10 year “nose”** – UK IHT will be charged on personally held worldwide assets when an individual has been **resident in the UK for 10 years**
 - **10 year “tail”** – intention is to keep the individual within the scope of UK IHT for **10 years after leaving the UK**.
- For **assets comprised within a settlement** (subject to the exception below), their **treatment will depend on the settlor’s status** (Date of settlement? 10-year charge date? Exit date?)
- **HOT POTATO TOPIC**- the previous government announced that the existing treatment of non-UK assets settled into a trust by a non-UK domiciled settlor prior to April 2025 will not change however, we expect that this will not be what is introduced (trusts likely to follow the status of the settlor whilst in the scope of UK IHT.)



- Lack of detail / draft legislation / timing => **uncertainty**
- Clients should be **assessing impact** of changes for their specific circumstances – income, capital gains, and inheritance tax perspective
- Benefit from **transitional rules**?
- **Alternative defences** to UK taxation (e.g. “motive defence”) but knowing that anti-avoidance rules are under review.
- Consider **tax residence** status – full relocation out of UK? Possible to cease UK tax residence with some small lifestyle changes?
- Consider **changes to beneficiaries of trusts**
- Consider **gifts**
- Preference for **income/gains deferral**? (PPLI? Offshore Funds?)
- **Life insurance** to cover UK IHT exposure?
- **Potential opportunities** – significant liquidity events? Returning ex-pats? Long term non-resident ex-pats?



Lisa Cornwell

Partner,
International Private Clients and
Family Offices

Email: lisa.cornwell.webb@pwc.ch

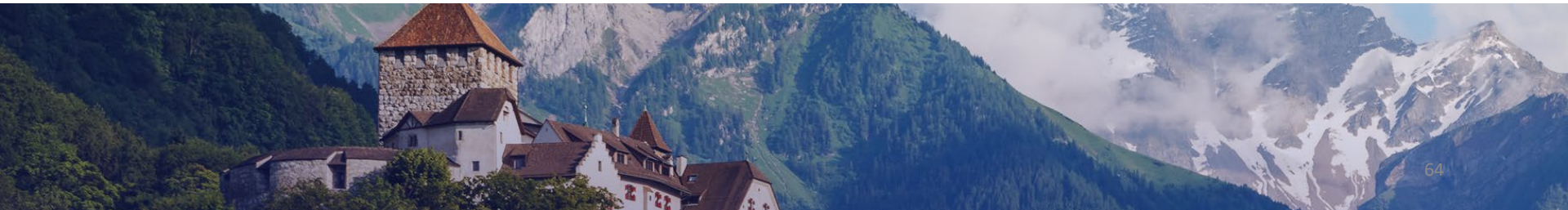
Mobile: +41 79 793 2155

Paneldiskussion

«Welche Auswirkungen haben Wegzugsbesteuerungen?»

Lisa Cornwell, Yvonne Schuchter-Mang, Ulrich Stertkamp, Martin A. Meyer

Moderation: Priska Rösli



IFA LIECHTENSTEIN – IHR VORSTAND



Martin A. Meyer



Dr. Marcello Scarnato



Matthias Langer



Priska Rösli



Amanda Ess



Martina Walt



Brigitte Arnold



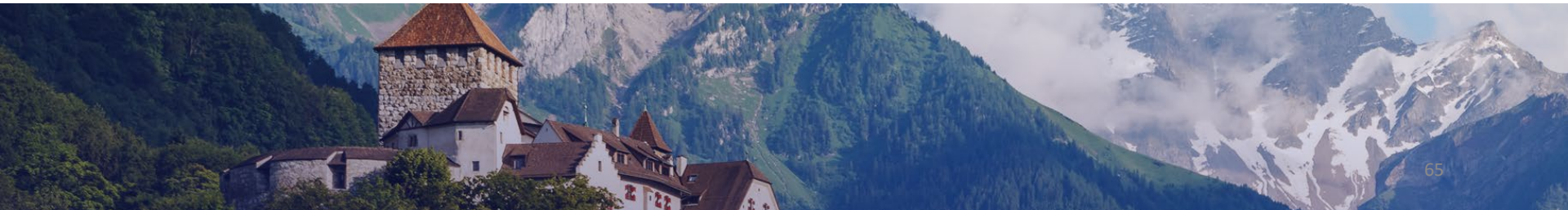
Karl-Heinz Winder



Bernhard Büchel



Roger Krapf



Vielen Dank für Ihre Teilnahme!

